

Johannes-Maria Lex

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Donnerstag, 16. Dezember 2010 22:52  
**An:** office@bkhw.at; office@oevpclub.at; eva.gruy@oevp-wien.at; louis.kraft@spw.at; schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at  
**Betreff:** Sammelmeldung 17.12.2010

Plattform EduCare  
 elementare und außerschulische Bildung  
 Informationsdienst  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

## ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 16.12.2010 22:52:04

### MEINUNG

[DER STANDARD-Kommentar "Friedhof der imaginären Reformen" von Gerald John. Die Koalition kürzt bei der Kinderbetreuung - und damit am falschen Ende!](#)

### BEHINDERUNG

[Behinderte Kinder als "Schaden": Gesetz geändert](#)

### BILDUNGSPOLITIK

[Steuersystem und Bildung: ÖGB fordert Reformen](#)

[Bildung: Chance und Pflicht](#)

### BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)  
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Protest der Länder wegen Förderungsstopp für Kinderbetreuung](#)

[Kinderbetreuung: Remler verteidigt Ausbau-Stopp](#)

[Doch Geld für Kinderbetreuung](#)

[Kinderbetreuung - SP-Vettermann: "Evaluierung in Wien rasch möglich!" =](#)

[Kinderbetreuung - Oxonitsch: "Mitterlehner negiert Beschluss der Länder!" =](#)

[Binder-Maier: SPÖ kämpft weiter für Bundesmittel bei Kinderbetreuung =](#)

[➔ Evaluation der Quantität ja – aber schnellstens bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Elementarbildungseinrichtungen!](#)

### BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

### KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[LH-Dörfler: Kärntner Landtag beschließt neues Kinderbetreuungsgesetz](#)

[Neues Kinderbetreuungsgesetz beschlossen](#)

[Neue Gesetze: Jubel, Trubel, keine Heiterkeit - Kinderbetreuung und Veranstaltungen wurden am Donnerstag im Kärntner Landtag auf neue Beine gestellt: Die Koalition zieht ihre umstrittenen Gesetze durch, die Opposition übt massive Kritik.](#)

[Gemeinden wütend wegen Kostenabwälzung \(Politik, 13.12.2010 20:52\)](#)

[... Peter Suttinger \(FPK\), ist hingegen ganz auf Parteilinie und brüstet sich, durch Gespräche den Sockelbetrag von 29.000 Euro für die erste Kindergärten ...](#)

[Beate Prettner: "7,2 Millionen Euro will man einsparen"](#)

[Prettner: "Kinderbetreuungsgesetz hat Menge an Mängeln"](#)

[Prettner: "Betroffene werden nicht miteinbezogen"](#)

[Prettner: "Kinder gratis betreuen ist unmöglich"](#)

[Prettner: "Es wird nicht alles berücksichtigt"](#)

[Verantwortungsvolle elementare Bildungspolitik in ganz Österreich in Bewegung! In ganz Österreich offenbar doch nicht. Die Erkenntnis, dass elementare Bildung Basiswert hat, hat sich sichtlich noch nicht bis nach Kärnten durchgesetzt.](#)

[AK kritisiert Einsparungen bei Kinderbetreuung - AK - Kärnten](#)

[ÖVP-CO Tauschitz: SPÖ Falschmeldungen zum Kinderbetreuungsgesetz](#)

[SPÖ Kärnten: FPK/ÖVP schnürten mit dem Beschluss des Kinderbetreuungsgesetz ein 7-Millionen-Euro-](#)

[Familien-Belastungspaket](#)

[SPÖ Prettner: FPK-Familienpolitik ist das beste Verhütungsmittel!](#)

### NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

### OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Dobusch: Kindergärten mit Volksschulen verbinden](#)

### SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

### STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

### TIROL

[Meldungen: keine](#)

**VORARLBERG**

Meldungen: keine

**WIEN**

Meldungen:

[VP-Marek zur Mindestsicherung: Brauchen maximale Treffsicherheit von Leistungen für Kinder](#)[Wr. Landtag - SP-Stürzenbecher: "Wien nimmt Volksanwaltsberichte ernst"](#)[2. Wiener Landtag \(3\) - Aktuelle Stunde zum Thema "Sozialhauptstadt Wien bekämpft die Armut - Höchste Mindestsicherung für Kinder"](#)**ELEMENTARBILDUNG**[Neues "Kinderbetreuungsgesetz" einsam beschlossen.](#)[Demokratie á la Kärnten: Gesetzesantrag der FPÖ wird ohne Begutachtung im ...](#)[Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.](#)**ELEMENTARPÄDAGOGIK**

Förderungsmöglichkeiten

[Evaluation der Quantität ja – aber schnellstens bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Elementarbildungseinrichtungen!](#)**FAMILIENPOLITIK**[Familien im Mittelpunkt der Budgetdebatte](#)**KINDERGARTENHELFERINNEN**[Mehr Geld für KindergartenhelferInnen - Gewerkschaft vda: Mindestlohn steigt um 2,58 Prozent - Auch Au-pairs bekommen Lohnerhöhung](#)**KINDERRECHTE**[Aktuelle Informationen zu Kinderrechten in der Verfassung](#)**PARLAMENTSMELDUNGEN**[Bildungspolitik im Schatten von PISA](#)**IMPRESSUM UND HINWEISE**

-

---

**MEINUNG**

---

***DER STANDARD-Kommentar "Friedhof der imaginären Reformen" von Gerald John. Die Koalition kürzt bei der Kinderbetreuung - und damit am falschen Ende!***

Wien (OTS) - Erst ging es um radebrechende Türken-Kids, die am Arbeitsamt Schlange stehen. Dann um leseschwache Schüler, die beim Pisa-Test um die rote Laterne ritteln. So lange wird nun schon über die Deutschprobleme einheimischer wie zugewanderter Kinder diskutiert, dass selbst die begnadetsten Schönredner in der Regierung einräumen mussten: Österreichs Bildungssystem bedarf einer Runderneuerung. Doch was macht die Koalition abseits hehrer Versprechen hinter den geschlossenen Türen des Ministerrats? Sie streicht für das nächste Jahr das Geld, das zwecks sprachlicher Frühförderung drei Jahre lang in die Länder geflossen ist. Kurzsichtiger geht's nicht. Zwar stehen keine Riesensummen auf dem Spiel. Doch ein Anreiz waren die 15 Millionen Euro für die Sprachförderung plus 45 Millionen für den Ausbau der Kinderbetreuung zweifellos - zumal es um einen Bereich geht, in den der Staat nicht weniger, sondern viel mehr Geld investieren müsste. Die Ausweitung der Kinderbetreuung ist ein Schlüssel, um gleich mehrere brennende Probleme, unter denen diese Gesellschaft leidet, zu bekämpfen. Da ist einmal die Misere des heimischen Bildungssystems, das das Elternhaus tendenziell für die idealtypische Erziehungsstätte hält. Erfolg dieser Philosophie: Statt für Pisa-Topergebnisse ist Österreich für den Umstand bekannt, dass Aufstiegschancen von Generation zu Generation weitergegeben werden. Wer - wie es im Fachjargon heißt - aus einer bildungsfernen Schicht stammt, sieht später seltener Gymnasium, Uni & Co von innen als etwa Akademikersprösslinge. Gute Betreuungseinrichtungen, in denen Kinder nicht mit dem Fernseher ruhiggestellt werden, sind ein probates Mittel, um Startnachteile von klein auf zu nivellieren - gerade was den Spracherwerb betrifft.

Dieser Ansatz macht sich auch bei der Integration von Zuwanderern bezahlt. Die Statistik zeigt: Sowohl in der Schule als auch am Arbeitsmarkt sind junge Migranten Nachzügler. Viele plagen sich mit dem Deutsch - weil sie es in ihren Familien und Grätzeln oft nicht brauchen. Das Gegenrezept, provokant zusammengefasst: Nehmt den Eltern die Kinder weg, vom Kindergarten bis zur Ganztagschule! Weiteres Problem: Der neue Sozialbericht zeigt, dass Kinder das Armutsrisiko von Familien steigern. Vor allem Alleinerzieherinnen sind betroffen. Zwar ist die Erwerbsquote von Frauen durchaus hoch.

Doch über 40 Prozent arbeiten nur Teilzeit und dabei kaum mehr als 20 Stunden pro Woche - oft reicht das Einkommen nicht für ein selbstbestimmtes Leben. In kaum einem anderen westlichen Land fallen Frauen punkto Verdienst so weit hinter die Männer zurück wie in Österreich. Es gibt eben immer noch zu wenige Kindergärten, die nicht schon am frühen Nachmittag oder den ganzen Sommer über zusperren - und Müttern damit einen Vollzeitjob vermasseln.

Der Ausbau der Kinderbetreuung stärkt auch das Pensionssystem: Weil es mehr weibliche Beitragszahler gäbe - und auch mehr Frauen, die sich trotz Karrierewunschs für Nachwuchs entscheiden könnten. Tiefer kann die Geburtenrate ohnehin kaum sinken.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner scheint dies durchaus erkannt zu haben. Doch die jüngsten Einschnitte deuten darauf hin, dass seine angekündigte "Wende" in der Familienpolitik nach Prölls Verwaltungskonvent und Faymanns Vermögenssteuerschmäre auf dem Friedhof der imaginären Reformen landet.

Rückfragehinweis:

Der Standard, Tel.: (01) 531 70/445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## BEHINDERUNG

### *Behinderte Kinder als "Schaden": Gesetz geändert*

**Ab 1. Juni 2011 tritt ein Gesetz in Kraft, das klarstellen soll, dass die Geburt und Existenz eines Kindes mit Behinderung "keinen Schaden darstellt", so Justizministerin Bandion-Ortner.**

Nach geltendem Recht kann die Geburt behinderter Kinder Schadenersatzansprüche auslösen, auch wenn das Verhalten des Arztes am Herbeiführen der Beeinträchtigung nicht schuld ist. Das wird nun geändert. Ab 1. Juni 2011 tritt ein Gesetz in Kraft, das klarstellen soll, dass die Geburt und Existenz eines Kindes mit Behinderung "keinen Schaden darstellt", sagte Justizministerin Bandion-Ortner.

Mit dem neuen Gesetz wollte man nicht nur die Würde behinderter Menschen wahren, sondern auch den hohen Druck, der auf den Ärzten lastete, nehmen, sagte ÖVP-Behindertensprecher Franz-Joseph Huainigg. "OGH-Urteile gestanden Eltern behinderter Kinder immer wieder hohe Schadenersatzsummen zu. (...) Die Eltern argumentierten, sie hätten das Kind abgetrieben, wenn sie von dieser Diagnose vor der Geburt des Kindes Kenntnis erlangt hätten", sagte Huainigg.

Bei der medizinischen Betreuung von schwangeren Frauen hätten Ärzte zudem dazu gedrängt, die ganze Palette an vorgeburtlichen Untersuchungen durchzuführen - "auch ohne Anlass und mit zusätzlichen Risiken für das werdende Kind", sagte der ÖVP-Behindertensprecher. "Sie rieten oft bei geringstem Verdacht auf eine Behinderung zu einer Abtreibung."

#### **Aufklärungspflicht über mögliche Behinderung**

Nun können Mediziner nur für Kunstfehler während der Schwangerschaft und bei der Geburt verantwortlich gemacht werden, sagte Georg Kathrein, Sektionschef im Justizministerium. Bei einer möglichen Fehldiagnose könne der Schadenersatzanspruch nicht mehr geltend gemacht werden. Der Aufklärungsverpflichtung über eine mögliche Behinderung des ungeborenen Kindes müssen Ärzte weiterhin nachkommen, erklärte Kathrein.

Als "positiven Schritt" hat Kardinal Christoph Schönborn am Donnerstag die neue Gesetzesinitiative begrüßt. Er sei Justizministerin Bandion-Ortner für den Entwurf des Schadenersatzrechts-Änderungsgesetzes "sehr dankbar", sagte der Kardinal im Gespräch mit dem "Pressedienst der Erzdiözese Wien".

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/2599576/behinderte-kinder-schaden-gesetz-geaendert.story>

## BILDUNGSPOLITIK

### *Steuersystem und Bildung: ÖGB fordert Reformen*

DiePresse.com

Wien/Pri. Mehr Ganztagschulen und mehr Schulautonomie, eine einheitliche Lehrerbildung und eine gemeinsame Schule der Sechs- bis 15-Jährigen: Das sind ...

[ÖGB mit Budget-Nachbesserungen nicht zufrieden](#) Kleine Zeitung

[oe1.ORF.at](http://oe1.ORF.at) ORF.at

[Alle 19 Artikel »](#)

### *Bildung: Chance und Pflicht*

APA OTS (Pressemitteilung)

... Generalsekretär des Österreichischen Gewerbevereines (ÖGV), die wiederholte Vorlage des ÖGV-Positionspapier 'Bildung: Chance und Pflicht'.

...

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote

---

**[Protest der Länder wegen Förderungsstopp für Kinderbetreuung](#)**  
[derStandard.at](#)

Dazu kamen noch einmal jährlich fünf Millionen Euro für die sprachliche Frühförderung. Damit das Geld floss, mussten sich die Länder verpflichten, ...

---

**[Kinderbetreuung: Remler verteidigt Ausbau-Stopp](#)**[DiePresse.com](#)

Nächstes Jahr soll der Ausbau der Kinderbetreuung evaluiert werden. Erst 2012 können die Länder neue Bundesmittel bekommen. ...

---

**[Doch Geld für Kinderbetreuung](#)**[ORF.at](#)

Die Bundesregierung stoppt im kommenden Jahr den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Auch das Burgenland ist betroffen. Dennoch gibt es Geld - aus ...

---

**[Kinderbetreuung - SP-Vettermann: "Evaluierung in Wien rasch möglich!" =](#)**[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS/SPW-K) - "Gerade in Wien ist die von Minister Mitterlehner und Staatssekretärin Remler geforderte "Evaluierung" des Ausbaus an Kindergartenplätzen ...

---

**[Kinderbetreuung - Oxonitsch: "Mitterlehner negiert Beschluss der Länder!" =](#)**[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS/SPW-K) - "Mit seiner Verweigerung, die Bundesmittel für den Ausbau Kinderbetreuung zu verlängern, negiert Minister Mitterlehner einen einstimmigen ...

---

**[Binder-Maier: SPÖ kämpft weiter für Bundesmittel bei Kinderbetreuung =](#)**[APA OTS](#)

... Lichte der Ergebnisse der PISA-Studie und im Hinblick auf das 2010 gesetzlich verankerte verpflichtende Kindergartenjahr eine Fortsetzung geboten sei. ...

---

**[➔ Evaluation der Quantität ja – aber schnellstens bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Elementarbildungseinrichtungen!](#)**

---

**BURGENLAND**

Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

---

Meldungen: keine

---

**KÄRNTEN**

Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

Meldungen:

**LH-Dörfler: Kärntner Landtag beschließt neues Kinderbetreuungsgesetz**

Utl.: Qualitativer Gewinn für Kärntens Kindergärten - leistungsbezogenes und gerechtes Fördermodell etabliert - rote Märchenstunde beendet =

Klagenfurt (OTS) - Das neue Kindergartenbetreuungsgesetz wurde heute, Donnerstag, im Kärntner Landtag beschlossen. "Durch die Einführung des neuen Gesetzes wird ein qualitativer Zugewinn im Sinne unserer Kinder erreicht", macht der Kinderbetreuungsreferent Landeshauptmann Gerhard Dörfler im Anschluss an die Abstimmung klar. Diese Zusammenführung aller vorschulischen und außerschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu einer rechtlichen Grundlage sei notwendig geworden, um ein gerechtes und einheitliches Fördersystem im Land zu installieren und damit nicht zuletzt EU-Richtlinien umzusetzen.

Bislang wurden Kinderbetreuungseinrichtungen rein nach der Anzahl von Kindergartengruppen gefördert. Auf die Dauer der Öffnungszeiten wurde keine Rücksicht genommen. "Mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz wird vor allem die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten umfangreicher werden sowie die Betreuungsqualität gesteigert", so Dörfler. Diese Neuregelung komme vor allem berufstätigen Frauen und alleinerziehenden Müttern zu Gute, denen damit ein zeitlich größeres und familienfreundlicheres Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt wird, weil das neue Kinderbetreuungsgesetz jene Kindergärten belohnt, die längere Öffnungszeiten anbieten.

Zu den Querschüssen der SPÖ-Kärnten hält der Kärntner Landeshauptmann fest: "Die künstliche Aufgeregtheit der SPÖ erklärt sich darin, dass

diese Partei jahrzehntelang selbst nichts zu Stande gebracht hat. Mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz und den darin festgeschriebenen verpflichtenden Aus- und Weiterbildungen wird die Betreuungsqualität nachhaltig verbessert", unterstreicht Dörfler. Die Rechenkünste der SPÖ seien zudem äußerst fragwürdig. So sind die, nach roten Berechnungen, sieben Millionen Euro Einsparungen durch das neue Kinderbetreuungsgesetz, vollkommen an den Haaren herbeigezogen. Tatsächlich werden die Einsparungen maximal 500.000 Euro betragen.

Diese wiederholten Falschmeldungen dienen alleine zur Verunsicherung der Kärntnerinnen und Kärntner und werden durch mehrfache Wiederholungen nicht richtiger. Auf den Rängen im Landtag konnte sich jeder Zuhörer selbst ein Bild davon machen, dass Bürgermeister Klaus Köchl die neuen Richtlinien offenbar noch immer nicht erfasst hat und vom Landesverfassungsdienst persönlich über seine Falschberechnungen aufgeklärt werden musste. "Wir haben uns mit diesem Beschluss zur Verbesserung der **Kinderbetreuung** entschlossen, auch wenn das die roten Blockierer mit aller Kraft verhindern wollten", schloss Dörfler.

Rückfragehinweis:  
Büro Landeshauptmann Gerhard Dörfler

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/2191/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### **Neues Kinderbetreuungsgesetz beschlossen**

[ORF.at](#)

Andererseits soll das Gesetz mehr Helferinnen und Fortbildung für Kindergartenpädagoginnen bringen. Der zuständige Referent, LH Gerhard Dörfler (FPK), ...

---

### **Neue Gesetze: Jubel, Trubel, keine Heiterkeit - Kinderbetreuung und Veranstaltungen wurden am Donnerstag im Kärntner Landtag auf neue Beine gestellt: Die Koalition zieht ihre umstrittenen Gesetze durch, die Opposition übt massive Kritik.**

Zwei neue Gesetze ließen am Donnerstag im Landtag die Wogen hochgehen: das Kinderbetreuungsgesetz und das Veranstaltungsgesetz. Die Einschätzungen über die Auswirkungen lagen krass auseinander. Während die FPK/ÖVP-Koalition die Änderungen bejubelte und die Gesetze mit ihrer Mehrheit durchzog, übten SPÖ und Grüne massive Kritik. Im Zentrum der turbulenten Debatten stand das Kinderbetreuungsgesetz, durch das die SPÖ eine enorme Belastung für Eltern und Gemeinden befürchtet. "Die FPK-Familienpolitik ist das beste Verhütungsmittel", kommentierte Landesrätin Beate Prettnner (SPÖ) in einer Aussendung. Im Landtag erhielt sie von Präsident Josef Lobnig (FPK) zu diesem Thema kein Rederecht. Der zuständige Referent Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) sieht in der Neuregelung hingegen eine faire Förderung und eine qualitative Verbesserung.

#### **Bürgermeister drückte sich**

Krass auseinander lagen die Parteien auch in der Beurteilung der finanziellen Auswirkungen. Während die SPÖ von zehn Millionen Euro sprach, die Familien und Gemeinden entzogen würden, sprach Dörfler von 500.000 Euro. Die SPÖ habe bei ihrer Zahl die Rücknahme des Gratis-Kindergartens hinzugerechnet. Für ÖVP-Abgeordnete Claudia Wolf-Schöffmann sorgt das Kinderbetreuungsgesetz positiv für eine Ausdehnung der Öffnungszeiten.

Weil er mit dem neuen Gesetz keine Freude hat, aber nicht gegen die Parteilinie stimmen wollte, verließ der ÖVP-Abgeordnete und Bürgermeister von Berg im Drautal, Ferdinand Hueter, während der Debatte und Abstimmung den Landtagssitzungssaal.

Von SPÖ und Grünen heftig angeprangert wurde das Durchpeitschen des Gesetzes ohne Einbeziehung der Betroffenen. Gegen "diese wiederholte Vorgangsweise" hatte schon am Mittwoch der Landesvorstand des Gemeindebundes einstimmig - also auch mit Stimmen der Vertreter der Koalitionsparteien - protestiert.

#### **Veranstaltungen völlig frei**

Krass gegensätzlich fiel in der Landtagsdebatte auch die Beurteilung des neuen Veranstaltungsgesetzes aus. Es sieht vor, dass künftig Veranstaltungen erst ab einer Größe von über 20.000 Besuchern bewilligungspflichtig sind. Alle anderen Veranstaltungen sind nicht mehr genehmigungspflichtig.

"Freie Veranstaltungen für freie Bürger", jubelte ÖVP-Klubobmann Stephan Tauschitz. "Die Bürgermeister stehen mit einem Fuß im Kriminal", urteilte hingegen der SPÖ-Abgeordnete und Liebenfeller Bürgermeister Klaus Köchl. Denn die Frage der Haftung sei nicht durchdacht, gab auch Grün-Abgeordneter Rolf Holub zu bedenken. Für die Polizei würde die Überwachung schwieriger, der Anrainerschutz nicht berücksichtigt. Das dementierten die Koalitionsparteien, denn jede Veranstaltungsstätte müsse bewilligt sein

[http://www.kleinezeitung.at/kaernten/spittal/berg\\_im\\_drautal/2600058/neue-gesetze-jubel-trubel-keine-heiterkeit.story](http://www.kleinezeitung.at/kaernten/spittal/berg_im_drautal/2600058/neue-gesetze-jubel-trubel-keine-heiterkeit.story)

---

### **Gemeinden wütend wegen Kostenabwälzung (Politik, 13.12.2010 20:52)**

**... Peter Suntinger (FPK), ist hingegen ganz auf Parteilinie und brüstet sich, durch Gespräche den Sockelbetrag von 29.000 Euro für die erste Kindergarten ...**

**Beate Prettnner: "7,2 Millionen Euro will man einsparen"**

**Prettnner: "Kinderbetreuungsgesetz hat Menge an Mängeln"**

**Prettnner: "Betroffene werden nicht miteinbezogen"**

**Prettnner: "Kinder gratis betreuen ist unmöglich"**

**Prettnner: "Es wird nicht alles berücksichtigt"**



## PRESSEAUSENDUNG

### Verantwortungsvolle elementare Bildungspolitik in ganz Österreich in Bewegung! In ganz Österreich offenbar doch nicht. Die Erkenntnis, dass elementare Bildung Basiswert hat, hat sich sichtlich noch nicht bis nach Kärnten durchgesetzt.

Die Freiheitlichen Kärnten haben dem zuständigen Ausschuss am 07. 12. 2010 einen Gesetzesantrag über „Kinderbetreuung“ und Jugendwohlfahrt vorgelegt, diesen am 16. 12. 2010 im Landtag eingebracht und von diesem mit den bestehenden Mehrheiten beschließen lassen.

Schon der veraltete Terminus „KinderBETREUUNG“ lässt den Eindruck entstehen, dass für die InitiatorInnen BILDUNG nicht vorrangig der Kern der Gesetzesänderung ist.

Zum Vergleich:

- im Burgenland heißt es Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (beschlossen 2009)
- in Tirol wird es Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (beschlossen 2010) genannt.

Der Gesetzesvorschlag **widerspricht über weite Strecken allen Forderungen der elementarpädagogischen Standards**, wie sie etwa vom ÖDKH und der Plattform EduCare in ihren Vorschlägen zur Qualitätssicherung in elementaren Bildungseinrichtungen detailliert dargelegt sind (<http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>).

Die **Bestimmungen für die Arbeit der Kindergarten- und HortpädagogInnen sind in vielen Teilen rückschrittlich** statt im Einklang mit bundesweit angestrebten Reformen formuliert.

Positiv zu erwähnen sind, dass zukünftige LeiterInnen einen Managementkurs absolvieren müssen, dass endlich die LeiterInnentätigkeit als Zeitaufwand festgeschrieben ist (wenn auch noch immer viel zu wenig) und dass pro Kindergartengruppe eine Helferin vorgesehen ist.

Die schon jetzt oft an den Rand der Belastbarkeit getriebenen ElementarpädagogInnen werden nach diesem Gesetz ohne Ausbeutung ihrer eigenen psychischen und physischen Gesundheit kaum mehr pädagogisch verantwortlich arbeiten können.

Überdies stellt der Gesetzesentwurf eine klare **Verletzung der Menschenrechte** für Behinderte dar (siehe dazu auch die seinerzeitigen Ausführungen zum verpflichtenden Kindergartenjahr: <http://www.plattform-educare.org/Presse%2013.09.2009-keller.htm>).

Letztendlich werden durch dieses Gesetz die **TrägerInneneinrichtungen massivst belastet**, was zu schon bekannten massiven Einwände der Kärntner Gemeinden geführt hat.

**Hortgruppen** erhalten noch geringere Landesförderungen - sollen sie ausgehungert werden?

**Die Mitglieder des ÖDKH - Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen - protestieren als überparteiliche, konfessions- und trägerInnenunabhängige VertreterInnen der PädagogInnen in elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen gegen dieses Gesetz, das eine unakzeptable Haltung zur Arbeit der Kindergarten- und HortpädagogInnen verkörpert.**

In allen anderen Bundesländern wurden bei Reformen der Landesgesetze für elementare Bildungseinrichtungen (Krippen/Krabbelstuben/Kindergärten) immer die Fachleute für diesen Bildungsbereich, also Kindergarten- und HortpädagogInnen, miteinbezogen. Nicht so in Kärnten...

Rückfragen:

**Raphaela Keller**

Vorsitzende der BKHV - Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens, Stv. Vorsitzende und Medienbeauftragte des ÖDKH - Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen, Mitglied des Steuerteams der Plattform EduCar

1160 Wien, Thaliastraße 130/12

Tel.: 0699 19 22 05 03

E-Mail: [office@bkhv.at](mailto:office@bkhv.at)

<a href="#">ÖDKH</a>	<a href="#">Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen</a>
<a href="#">BBKH</a>	<a href="#">Berufsgruppe Burgenländischer Kindergarten- und HortpädagogInnen</a>
<a href="#">BKHK</a>	<a href="#">Berufsgruppe der Kindergarten- und HortpädagogInnen Kärntens</a>
<a href="#">BKN</a>	<a href="#">Berufsgruppe der Kindergarten- und HortpädagogInnen Niederösterreichs</a>
<a href="#">BPKOÖ</a>	<a href="#">Berufsgruppe der PädagogInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen Oberösterreichs</a>
<a href="#">BPKS</a>	<a href="#">Berufsgruppe der PädagogInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen Salzburgs</a>
<a href="#">BG STMK</a>	<a href="#">Berufsgruppe Steirische Kindergarten- und HortpädagogInnen</a>
<a href="#">BKKHT</a>	<a href="#">Berufsgruppe der Kinderkrippen-, Kindergarten- und HortpädagogInnen Tirols</a>
<a href="#">BKHV</a>	<a href="#">Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens</a>
<a href="#">SOKI</a>	<a href="#">Berufsgruppe der Sonderkindergarten- und KindergartenpädagogInnen Vorarlberg</a>

### AK kritisiert Einsparungen bei Kinderbetreuung - AK - Kärnten

AK kritisiert Einsparungen bei Kinderbetreuung - Goach: Weitere Kürzungen bedeuten deutliche Rückschritte bei der vorschulischen Kinderbetreuung. [kaernten.arbeiterkammer.at/.../ak-kritisiert-einsparungen-bei-k...](http://kaernten.arbeiterkammer.at/.../ak-kritisiert-einsparungen-bei-k...)

## SPÖ Obex-Mischitz zum Kinderbetreuungsgesetz: Großer FPK/ÖVP-Wurf ist auch für das Hilfswerk und die Caritas verwerflich

Utl.: Die Caritas sieht die Entwicklung der **Kinderbetreuung** mit Entsetzen! =

Klagenfurt (OTS) - "Wenn ÖVP-KO Tauschitz auch meint, das geänderte Kinderbetreuungsgesetz sei, ähnlich der Änderung des Kabeg-Gesetzes, der große FPK/ÖVP-Wurf, muss ich ihn enttäuschen: auch Organisationen wie das Hilfswerk und die Caritas sehen darin, wie auch die SPÖ, Verwerfliches", so der knappe Kommentar von SPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Ines Obex-Mischitz auf eine ÖVP-Aussendung.

(Schluss)

Rückfragehinweis:  
SPÖ Kärnten  
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT

## ÖVP-CO Tauschitz: SPÖ Falschmeldungen zum Kinderbetreuungsgesetz

Utl.: Stellungnahmen bestätigen: Gesetz bringt Qualitätssteigerung und ist inhaltlich gut =

Klagenfurt (OTS) - "Entweder die SPÖ will das Kinderbetreuungsgesetz weiterhin wissentlich falsch interpretieren oder sie hat es wohl wirklich nicht verstanden", so der ÖVP Clubobmann in einer Reaktion auf das Verhalten der SPÖ Kärnten in der heutigen Landtagssitzung.

"Bei der Kindergartenförderung ändert sich rein gar nichts, wenn nur eine Gruppe im jeweiligen **Kindergarten** ganztätig geöffnet ist", räumt Tauschitz noch einmal mit den SPÖ Falschmeldungen auf. Dass jeder **Kindergarten** zumindest eine ganztägige Gruppe habe, sei prinzipiell eine vernünftige Zielrichtung. Die SPÖ Diktion vom "7 Millionen-Euro-Familien-Belastungspaket" bezeichnet Tauschitz als völligen Nonsens. "Nachdem die SPÖ heute im Landtag von allen Seiten, inklusive der Verfassungsabteilung, eines Besseren belehrt wurde, wundert es mich, dass es den roten Abgeordneten immer noch nicht peinlich ist mit diesen Gerüchten hausieren zu gehen."

Kein Wort habe die SPÖ dagegen über die Qualitätssteigerung in der **Kinderbetreuung**, die durch dieses Gesetz erreicht wird, verloren. "Und das obwohl quer durch alle Stellungnahmen bestätigt wird, dass dieses Gesetz inhaltlich sehr gut ist", so Tauschitz abschließend. (Schluss)

Rückfragehinweis:  
Landtagsclub ÖVP Kärnten  
Tel.: 0463 513592126  
mailto:office@oevpclub.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/516/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## SPÖ Kärnten: FPK/ÖVP schnürten mit dem Beschluss des Kinderbetreuungsgesetz ein 7-Millionen-Euro-Familien-Belastungspaket

Utl.: Prettner, Rohr, Cernic, Köchl: Dem Landtag unwürdig, weil völlig undemokratisch, boxten FPK/ÖVP das neue Kinderbetreuungsgesetz durch. 10-Punkte-Verbesserungsprogramm! =

Klagenfurt (OTS) - "Damit werde von FPK/ÖVP 7,2 Millionen Euro auf Kosten der **Kinderbetreuung** eingespart, die jedoch die Kinder bzw. deren Eltern und die Gemeinden zahlen müssen", protestiert Landesrätin Beate Prettner gegen den Beschluss des Kinderbetreuungsgesetzes in der heutigen Landtagssitzung.

"Damit wird die **Kinderbetreuung** in Kärnten verschlechtert, denn FPK/ÖVP haben mit der Gesetzesänderung lediglich erreicht, dass es in Zukunft in Kindergärten kaum noch Zweit- und Drittgruppen geben wird, weil die Finanzierung fehlt", so Klubobmann Reinhart Rohr.

"Ohne Begutachtung und Einbindung von Fachleuten und der betroffenen Gemeinden trifft das geänderte Gesetzes in erster Linie die Kinder bzw. deren Eltern, die zur Kasse gebeten werden", zeigt Bgm. LAbg. Klaus Köchl auf, der das Verhalten seiner im Landtag vertretenen Bürgermeisterkollegen in keinster Weise nachvollziehen kann. Sowohl für die Kindergärten, als auch für die elternbetreuten Kindergruppen gibt es nun massive Einschnitte.

"Die FPÖ/BZÖ/FPK-Finanzreferenten haben das Land in den vergangenen zehn Jahren an den Rand des Ruins getrieben, und jetzt müssen die Familien erneut dafür büßen, da sind wir mit Sicherheit nicht dabei", kritisiert LAbg. Nicole Cernic.

Um für die beste Betreuung der Kinder in Kärnten zu sorgen, fordert die SPÖ Kärnten ein, das durchgepeitschte Gesetz zu reformieren und fordert den Rechtsanspruch auf **Kinderbetreuung**, eine sozial gestaffelte Höchstgrenze für Kindergartenbeiträge, die Reduktion der Kinderanzahl einer Gruppe und die ganzjährige Betreuung der Kinder in Kindergärten, also auch im Sommer und die Förderung aller Betriebskindergärten.

Des weiteren berücksichtigt werden müssten die Einführung eines Kindergartenbaufonds - nach dem Vorbild des Schulbaufonds-, das zur Verfügung stellen von 30.000 Euro für jede Kindergruppe (egal ob Halb- oder Ganztags), die Einbindung aller betroffenen Gremien und Institutionen in eine Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes, das vierteljährliche Auszahlungen der Förderung vom Land an die Gemeinden und die Finanzierung der gesamten Kinderbetreuungseinrichtungen für die Gemeinden, wenn das Land die alleinige Finanzierung der Krankenanstalten übernehmen würde.

(Schluss)

Rückfragehinweis:  
SPÖ Kärnten  
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## SPÖ Prettner: FPK-Familienpolitik ist das beste Verhütungsmittel

Utl.: FPK Kindergartenreferent Dörfler flüchtet vor Diskussion zum neuen Kinderbetreuungsgesetz =

Klagenfurt (OTS) - Als Affront gegenüber dem Kärntner Landtag bezeichnet SPÖ Frauenlandesrätin Beate Prettner das Verhalten von FPK LH Kindergartenreferent Dörfler in der heutigen Sitzung. "Offenbar ist sich Dörfler unterbewusst doch darüber im Klaren welchen Schaden das neue FPK-ÖVP Kinderbetreuungsgesetz für die Kärntner Gemeinden und Familien anrichten wird, was wohl auch der Grund dafür ist, dass er direkt nach der Vorstellung des Gesetzes die Flucht ergriff", übt Prettner Kritik am FPK LH, der sich vor der Debatte zu seinem eigenen Gesetzesentwurf drückt.

"Tatsache ist, dass den Kärntner Gemeinden im Budget 7,2 Millionen Euro für die **Kinderbetreuung** weg genommen werden, die von den einzelnen Familien beispielsweise in Form von erhöhten Elternbeiträgen ausgeglichen werden müssen", erinnert Prettner. Massive Verschlechterungen für die Kärntner **Kinderbetreuung** seien zu erwarten, was auch Stellungnahmen von Caritas, Hilfswerk, **BAKIP**, Volkshilfe und AVS bestätigen würden, so die SPÖ Frauenreferentin.

Es sei nicht verwunderlich, dass Kärnten im Bundesländervergleich die schlechteste Geburtenrate zu verzeichnen habe und diese seit der Zuständigkeit Dörflers als Kindergartenreferent stetig in den Keller rasselte. "Das FPK-Prinzip, vor den Wahlen geben wir und nach den Wahlen nehmen wir es den Menschen wieder weg kann keine Basis für eine stabile Familienpolitik sein. Wie uns die Geburtenstatistiken beweisen ist die FPK-Familienpolitik das beste Verhütungsmittel", so Prettner.

(Schluss)

Rückfragehinweis:  
SPÖ Kärnten  
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

Meldungen: keine

## OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

Meldungen:

### Dobusch: Kindergärten mit Volksschulen verbinden

Der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung : ein vielgebrauchter Begriff in der Politik, erst recht, seit vor einem Jahr in Oberösterreich der. [Nachrichten - AT.com](http://www.nachrichten.at) - <http://www.nachrichtenat.com/>

## SALZBURG



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

Meldungen: keine

---

## STEIERMARK



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

Meldungen: keine

---

## TIROL



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

Meldungen: keine

---

## VORARLBERG



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

Meldungen: keine

---

## WIEN



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

Meldungen:

### VP-Marek zur Mindestsicherung: Brauchen maximale Treffsicherheit von Leistungen für Kinder

Utl.: ÖVP bringt Antrag ein, um Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern zu verbessern =

Wien (OTS) - "Wir bekennen uns zur Armutsbekämpfung durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die eine wesentliche Weiterentwicklung in der Unterstützung sozial schwacher Personen in Österreich ist und mit der ein neuer Weg in der Sozialpolitik beschritten wird. Der Bezug der Mindestsicherung kann und soll allerdings nur eine Überbrückung für eine gewisse Zeit darstellen, denn Ziel muss es sein, die Bezieherinnen und Bezieher schnellstmöglich in die Lage zu versetzen, wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können", so ÖVP Klubobfrau Christine Marek heute, Donnerstag, im Rahmen der Sitzung des Wiener Landtages.

In Zusammenhang mit der Mindestsicherung sei es auch wichtig, für Familien mit Kindern jene Rahmenbedingungen zu verbessern, die eine Balance zwischen **Kinderbetreuung** und Erwerbstätigkeit fördern und andererseits die Sicherung der bestmöglichen Entwicklung der Kinder gewährleisten. "Gerade wenn es um Kinder geht, brauchen wir die maximale Treffsicherheit von Leistungen. Neben der finanziellen Absicherung, die durch die entsprechenden Kinderzuschläge gegeben ist, braucht es unbedingt auch unterstützende Sachleistungen, die direkt bei den Kindern ankommen. Hier haben wir noch deutliches Verbesserungspotenzial", so Marek. Als Beispiel für einen möglichen Ansatz nannte sie Deutschland, wo Kinder aus sozial schwachen Familien mit einem sogenannten Bildungspaket gefördert werden. Die Kinder und Jugendlichen werden dabei auch in ihrem Bildungs- und Lebensweg unterstützt. Sie können beispielsweise Vereins-, Kultur- und Ferienangebote kostenlos nutzen oder erhalten bei Bedarf eine Lernförderung.

"So sieht echte Treffsicherheit aus und daher haben wir heute auch einen Antrag eingebracht und die zuständige Stadträtin dazu aufgefordert, nach deutschem Vorbild ein nachhaltiges Modell ausarbeiten lassen, das Kindern von Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung durch gezielte Sachleistungen Unterstützung auf ihrem Bildungs- und Lebensweg bietet", sagte die Klubobfrau abschließend.

Rückfragehinweis:  
 ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien  
 Tel.: T:(+43-1) 4000/81 916, F:(+43-1) 4000/99 819 60  
<mailto:eva.gruy@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### Wr. Landtag - SP-Stürzenbecher: "Wien nimmt Volksanwaltsberichte ernst"

Utl.: Rot-grüne Institutionsreform schafft rechtliche Möglichkeit zur verstärkten Kontrolle ausgegliederter Unternehmen =

Wien (OTS/SPW-K) - "Die Volksanwaltschaft wurde Ende der 1970er Jahre gegründet um auf das Gefühl 'der Ohnmacht des Einzelnen gegenüber der Verwaltung' eine adäquate Antwort zu finden. In Wien sind wir zwar glücklicherweise von jedem Gefühl der Ohnmacht weit entfernt, dennoch erfüllt die Volksanwaltschaft auch hier eine wichtige Aufgabe", betont der SP-Landtagsabgeordnete Dr. Kurt Stürzenbecher im Rahmen der heutigen Landtagssitzung. Die Volksanwaltschaft sei grundsätzlich für die gesamte Verwaltung sowie die Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes sowie der Länder und Gemeinden zuständig, betont Stürzenbecher und erklärt: "Es gibt für die ausgegliederten Unternehmen - dazu zählen GmbHs und AGs - zwar keine Verpflichtung zur Überprüfung, dennoch erklären sich viele Unternehmen, etwa die Friedhöfe GmbH, aus freien Stücken zu einer Prüfung bereit".

Das rot-grüne Regierungsüberkommen sehe zudem unter dem Arbeitstitel "Institutionsreform" vor, unter Einbeziehung von ExpertInnen neue rechtliche Möglichkeiten zur verstärkten Kontrolle ausgegliederter Unternehmen durch den Wiener Gemeinderat zu schaffen, informiert Stürzenbecher.

Der Gemeinderat streicht aus dem vorliegenden Bericht der Volksanwaltschaft besonders das Thema "grenzübergreifender Kindergartenbesuch zwischen Wien und Niederösterreich" heraus: "Die Stadt Wien verhält sich außerordentlich großzügig. Wir zahlen bis zu einem gewissen Betrag sowohl für Wiener Kinder, die einen niederösterreichischen Kindergarten besuchen, als auch für niederösterreichische Kinder, die einen Kindergartenplatz in Wien haben. Wien handelt hier vorbildlich, Niederösterreich kommt hier der Verantwortung hingegen nicht nach", stellt Stürzenbecher fest.

Gemeinsam mit den GemeinderätInnen Mag. Jürgen Wutzlhofer (SPÖ), Mag. Martina Wurzer, David Ellensohn (Grüne) und Dr. Wolfgang Aigner (ÖVP) bringt Stürzenbecher daher einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein, in dem die Verlängerung des Bundeszuschusses für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und die verpflichtende frühe sprachliche Förderung gefordert wird. "Die bisherige 13A-Vereinbarung war eine sinnvolle und gute Lösung, soll im nächsten Jahr nach dem Willen des Bundes aber nicht verlängert, sondern im Sinne einer Evaluierung ausgesetzt werden. Wir halten den bisherigen Weg für wichtig und befürworten daher die Verlängerung ins Jahr 2011", erklärt Stürzenbecher.

Die Zusammenarbeit zwischen der Volksanwaltschaft und der Stadt Wien sei eine sehr positive, betont Stürzenbecher abschließend: "Wir nehmen die Berichte der Volksanwaltschaft sehr ernst und sind bemüht, die Anregungen - auch wenn wir als Stadt Wien nicht immer in jedem einzelnen Punkt zu 100% der selben Meinung sind - bei weiteren Maßnahmen zu berücksichtigen". (Schluss) lok

Rückfragehinweis:

SPÖ Rathausklub, Presse  
Mag. Louis Kraft  
Tel.: (01) 4000-81 943  
<mailto:louis.kraft@spw.at>  
<http://www.rathausklub.spoe.at>

Fax: (01) 533 47 27-8192

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/198/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## 2. Wiener Landtag (3) - Aktuelle Stunde zum Thema "Sozialhauptstadt Wien bekämpft die Armut - Höchste Mindestsicherung für Kinder"

Wien (OTS) - LAbg Marianne Klicka (SPÖ) bezeichnete den Kampf gegen Armut als "oberste Priorität". Dafür habe man etliche zusätzliche Maßnahmen ins Leben gerufen. Die Mindestsicherung sei kein Almosen sondern ein Mittel zur Armutsbekämpfung. Mit dieser könnte vor allem auch AlleinerzieherInnen und Familien geholfen werden. Neben der Mindestsicherung sei auch der gratis Kindergarten eine wesentliche Maßnahme für die WienerInnen.

Zwtl.: Bericht der Volksanwaltschaft für 2009

LAbg Dr. Matthias Tschirf (ÖVP) bedankte sich für die Arbeit der Volksanwaltschaft. Diese hätte 2009 rund 816 Fälle von Einzelschicksalen unterstützt. Die Volksanwaltschaft weise jedoch auf Bereiche hin, die "durch Ausgliederung nicht transparent seien" und somit nicht überprüft werden könnten. Die ÖVP brachte daraufhin einen Antrag ein, indem rechtliche Voraussetzungen auf Bundesebene gefordert wurden, in denen die Kontrollkompetenz explizit auch auf ausgegliederte Institutionen der Stadt Wien erstreckt wird. Dies betreffe die Friedhofsverwaltung ebenso wie die Wiener Linien, so Tschirf.

LAbg Dr. Sigrid Pilz (Grüne) thematisierte eingangs die "Herabsetzung" eines Pflegefalls. Neben der Belastung für die Angehörigen müssten sich diese auch noch mit etlichen Behördenwege und Anträgen auseinandersetzen. Die Versorgung von chronisch kranken oder verunfallten Kindern liege in Wien und Österreich "im Argen". Durch die Finanzierungssituation entstünden Defizite für die betroffenen Familien. Eine "unzumutbare Belastung" sei es etwa, die Kosten für Behandlungen vorzustrecken. Vor allem auch im Vergleich mit Deutschen Krankenkassen ortete Pilz eine "krasse Unterversorgung" chronisch kranker Kinder. Zum Thema Pflege müssten sinnvolle Systeme

gefunden werden und eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgen.

LAbg Henriette Frank (FPÖ) kritisierte, dass von der Volksanwaltschaft aufgezeigte Einzelfälle und Lösungsansätze oftmals von der Regierung nicht umgesetzt würden. Frank betonte zudem erneut, es sei "bedauerlich" keine Einblicke in ausgegliederte Unternehmen zu erhalten. Im Bericht der Volksanwaltschaft würden "diskriminierende Seniorentarife" bei den Wiener Linien ebenso angesprochen, wie die "stürmische Donaacity". Hier sei ursprünglich ein raumplanerisches Konzept vorgesehen gewesen. Letztendlich sei jedoch "nach den Bauträgern geplant worden".

Laut LAbg Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) sei der Sinn der Volksanwaltschaft, Missstände in der Verwaltung aufzudecken. Die Volksanwaltschaft kontrolliere auch die privatwirtschaftliche Verwaltung. Eine Arbeitsgruppe der neuen Regierung überprüfe nun die rechtliche Möglichkeit der verstärkten Kontrolle ausgegliederter Unternehmungen durch den Wiener Gemeinderat. Für die Nutzung von Wiener Kindergärten durch Kinder aus Niederösterreich habe man eine "großzügige Lösung" gefunden, so Stürzenbecher zu einem Punkt des Berichts. (Forts.) bon/lit

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:  
www.wien.gv.at/rk/  
Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)  
Diensthabender Redakteur  
Telefon: 01 4000-81081

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*

## ELEMENTARBILDUNG

### **Neues "Kinderbetreuungsgesetz" einsam beschlossen.**

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Der Gesetzesvorschlag widerspricht über weite Strecken allen Forderungen der elementarpädagogischen Standards, wie sie etwa vom ÖDKH und der Plattform ...

### **Demokratie á la Kärnten: Gesetzesantrag der FPK wird ohne Begutachtung im ...**

Live-PR.com (Pressemitteilung)  
Der Gesetzesvorschlag widerspricht über weite Strecken allen Forderungen den elementarpädagogischen Standards, wie sie etwa von der Plattform EduCare in ...

### **Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.**

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Die Plattform Educare erneuert daher ihre Forderung nach einem Bundesrahmengesetz mit einheitlichen Standards in Elementarbildungseinrichtungen, ...

## ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

### **Evaluation der Quantität ja – aber schnellstens bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Elementarbildungseinrichtungen!**

**Angesichts der Personalknappheit kann einer Evaluierung und damit einem kurzfristigen *quantitativen* Stopp beim Ausbau von Elementarbildungseinrichtungen durchaus Verständnis entgegengebracht werden: dafür muss aber schnellsten die *Qualität* der Einrichtungen - im Sinn der Kinder, Eltern, Alleinerziehenden, ElementarpädagogInnen und Einrichtungsträger - verbessert werden.**

Eine Qualitätsoffensive muss dringend erfolgen.

Und, - wenn die Evaluierung abgeschlossen ist (was wohl kein ganzes Jahr brauchen wird!) muss auch wieder Geld in den weiteren Ausbau der Einrichtungen Geld fließen.

Aufgrund unseres Aufrufes sind bereits **über 90 Mails** von Einzelpersonen und sich persönlich ausweisenden Personengruppen an Nationalratspräsidentin Prammer und deren Stellvertreter Graf und Neugebauer, die Ministerinnen Heinisch-Hosek, Karl und Schmied, an Staatssekretärin Remler und an die Klubobleute der Parlamentsparteien – Bucher, Cap, Glawischnig, Kopf, Strache – geschrieben worden.

**Allen, die sich in der so wichtigen Frage der Qualität in der Elementarbildung bereits eingesetzt haben, danken wir herzlich.**

**Alle, die bisher noch nicht dazu gekommen sind, eine E-Mail zu senden, bitten wir, einerseits *persönlich* aber auch durch *Anregung Ihrer KollegInnen* und durch *Hinweis an die Eltern* der Ihnen anvertrauten Kinder u.a.m. unser gemeinsames Anliegen nach Verbesserung der Rahmenbedingungen für die elementarpädagogischen Einrichtungen und deren Aufgaben nachhaltig zu unterstützen!**

Ihr persönliches Engagement durch Senden einer E-Mail an die politisch Verantwortlichen hilft nachdrücklich, dass nach den quantitativen Verbesserungen nun auch die dringend erforderlichen qualitativen Änderungen im Elementarbildungswesen in Angriff genommen werden. **Qualität einfordern:** zum Wohl aller **Kinder**, die in Österreich wohnen, im Interesse deren **Eltern** und **AlleinerzieherInnen**, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der **PädagogInnen** - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend qualitative Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

**Wir haben uns bemüht, für Sie ein „Muster einer E-Mail“ zu erstellen. Sie brauchen nichts anderes zu tun, als**

**(1) die Empfänger in die „AN-Zeile“ Ihrer E-Mail zu kopieren:**

[barbara.prammer@parlament.gv.at](mailto:barbara.prammer@parlament.gv.at), [fritz.neugebauer@parlament.gv.at](mailto:fritz.neugebauer@parlament.gv.at), [3pr@parlament.gv.at](mailto:3pr@parlament.gv.at), [josef.cap@spoe.at](mailto:josef.cap@spoe.at), [karlheinz.kopf@oevpklub.at](mailto:karlheinz.kopf@oevpklub.at), [heinz-christian.strache@parlament.gv.at](mailto:heinz-christian.strache@parlament.gv.at), [eva.glawischnig@gruene.at](mailto:eva.glawischnig@gruene.at), [josef.bucher@parlament.gv.at](mailto:josef.bucher@parlament.gv.at), [gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at](mailto:gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at), [beatrice.karl@bmf.gv.at](mailto:beatrice.karl@bmf.gv.at), [verena.remler@bmf.gv.at](mailto:verena.remler@bmf.gv.at), [claudia.schmied@bmu.gv.at](mailto:claudia.schmied@bmu.gv.at), [informationspool@plattform-educare.org](mailto:informationspool@plattform-educare.org)

**(2) im Betreff einen Ihnen entsprechenden Text zu schreiben**

(3) den nachfolgenden Text zu kopieren, allenfalls zu **ändern** oder in Ihrem Sinn zu **vervollständigen** - jedenfalls aber mit **Vor- und Zunamen**, nach Möglichkeit auch mit Funktion (Elementarpädagogin, Mutter...) und **Postadresse** zu ergänzen und die E-Mail abzuschicken.

**E-Mail-Vorschlag:**

=== HIER MIT DER KOPIE BEGINNEN === ↓

Sehr geehrte Frau Ministerin!  
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin!  
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

**Zum Wohl der Kinder, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!**

Die inhaltlichen und finanziellen Forderungen zur Qualitätsanhebung in den Elementarbildungseinrichtungen liegen längst – untermauert von vielen Studien – auf den Tischen der politisch Verantwortlichen:

- in 4 Ministerien
- bei 9 Ländern
- in 2.357 Gemeinden.

Der Kindergarten ist Ländersache und der Großteil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,7%) erhalten.

Und so bietet sich die Elementarbildung in Österreich auch dar: zersplittert, wenig kongruent, wenig den Erfordernissen der Zeit entsprechend.

Derzeit neun (!) unterschiedliche Gesetze der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten (auch finanziellen) Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnen-Organisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung
- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung
- u.a.m.

Die Situation für Tagesmütter/-väter/-familien ist ähnlich gelagert.

Die langjährigen Forderungen nach tiefgreifenden, effektiven und nachhaltigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich sind endlich umzusetzen, durch

- ein **Bundesrahmengesetz mit einheitlichen Qualitätsstandards**
- einen **verbesserten Kind-Erwachsenenschlüssel** wie er von ExpertInnen empfohlen wird
- **gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau**
- **höhere Bezahlung**

wie sie der verantwortungsvollen Aufgabe entspricht.

Die Plattform EduCare hat bereits 2005 in gemeinsamer Arbeit aller fach einschlägigen ExpertInnen Grundlängen für ein Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen ausgearbeitet: von „Altersgemäßem Bildungsangebot“ über „Ausstattung und Raumbedarf“, „Individuelle Bedürfnisse“ sowie „Mindeststandards“ bis zu „Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten“.

SPÖ (2006) und GRÜNE (2009) haben auf dieser Grundlage bereits parlamentarische Anträge auf Gesetze gestellt – und wurden in die Gremien verwiesen.

Ich appelliere an die **Ministerinnen** in der Bundesregierung – Heinisch-Hosek, Karl, Remler und Schmied – den guten gemeinsamen Weg, der eingeschlagen worden ist, nachhaltig weiter zu gehen: im nächsten Schritt muss die **Qualität der die Neuerungen durchzuführenden elementarpädagogischen Einrichtungen** verbessert werden! Durch ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen!

Ich appelliere an die **Nationalratsabgeordneten** von SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und BZÖ parlamentarische Initiativen zu setzen!

Für die Zukunft unseres Landes!

Siehe auch:

<http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>  
<http://www.plattform-educare.org/Kindergartengesetz%20gruene%20vs.%20spoe.htm>

Mit freundlichen Grüßen

Vor- und Zuname

Ev. Beruf

Adresse  
ev. Telefonnummer

===KOPIE ENDE ===

## FAMILIENPOLITIK

### **Familien im Mittelpunkt der Budgetdebatte**

[ORF.at](http://ORF.at)

Am Vormittag stand die Familienpolitik im Mittelpunkt. Die Debatte wandte sich aber rasch den Sparplänen der Bundesregierung und deren Folgen für die ...

## KINDERGARTENHELFERINNEN

### **Mehr Geld für KindergartenhelferInnen - Gewerkschaft vida: Mindestlohn tarif steigt um 2,58 Prozent - Auch Au-pairs bekommen Lohnerhöhung**

Die Mindestlöhne für KindergartenhelferInnen und -assistentInnen steigen mit Anfang 2011 um einen Sockelbetrag von 30 Euro. Das hat die Gewerkschaft vida beim Bundeseinigungsamt erreicht, das im Sozialministerium angesiedelt ist. Der Mindestlohn tarif gilt für KindergartenhelferInnen bzw. KindergartenassistentInnen, die in privaten Kindergärten beschäftigt sind.

Der Mindestlohn für die unterste Lohngruppe liegt damit mit 1. Jänner 2011 bei 1.230 Euro. "Erfreulich ist auch, dass es uns gelungen ist, für langjährige Beschäftigte eine neue Lohngruppe einzuziehen", so vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger am Donnerstag. Ab dem 27. Dienstjahr gilt dadurch ab Jahresanfang 2011 ein Mindestlohn von 1.485 Euro.

Rund 5.000 ArbeitnehmerInnen - in der überwiegenden Mehrheit Frauen - sind österreichweit als KindergartenhelferInnen bzw. KindergartenassistentInnen beschäftigt.

#### **Au-pairs: Mindestlohn auf neue Geringfügigkeitsgrenze angehoben**

Mit Jahresanfang 2011 tritt auch ein neuer Mindestlohn tarif für Au-pairs in Kraft. Der monatliche Mindestlohn für maximal 20 Wochenstunden Arbeitszeit inklusive Arbeitsbereitschaft wird mit 1. Jänner 2011 auf 374,02 Euro angehoben. (red)

<http://diestandard.at/1292461973061/Mindestlohn-angehoben-Mehr-Geld-fuer-KindergartenhelferInnen>

[vida: Mindestlohn tarif für KindergartenhelferInnen steigt um 2,58 ...](#)

[APA OTS](#)

Der Mindestlohn tarif gilt für KindergartenhelferInnen bzw. KindergartenassistentInnen, die in privaten Kindergärten beschäftigt sind. ...

## KINDERRECHTE

Von: Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez [mailto:schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at]

Gesendet: Donnerstag, 16. Dezember 2010 06:59

An: Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez

### **Aktuelle Informationen zu Kinderrechte in der Verfassung**

Sehr geehrte Damen und Herren der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit,

gerne möchte ich Ihnen heute den Letztstand zur Thematik der Verankerung der Kinderrechte in der österreichischen Verfassung zusammenfassen:

Durch die Initiative [www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at) hat die Diskussion der Verankerung der Kinderrechtskonvention, nach knapp einem Jahr Stillstand, auch wieder auf politischer Ebene stattgefunden. Das Netzwerk Kinderrechte hat, koordiniert und teilweise gemeinsam mit den vier großen Organisationen von "Gegen Unrecht", intensive Gespräche mit den beiden Klubobleuten der ÖVP Karlheinz Kopf und der SPÖ Josef Cap in den letzten Wochen dazu geführt. Ein Gespräch mit dem BZÖ ist für kommende Woche geplant. Die Grünen haben in diesem Zusammenhang extra zu einer Gesprächsrunde mit den Unterstützer-Organisationen von [www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at) am 3. Dezember 2010 ins Parlament eingeladen gehabt, anbei dazu das Protokoll.

Der von den Regierungsparteien vorgelegte Entwurf (vom Netzwerk Kinderrechte immer schon kritisiert) hätte nun wieder unverändert in einem Verfassungsausschuss am 17. Dezember 2010 durchgewunken werden sollen. Dieser Ausschuss findet nun Gott sei Dank nicht statt, formal, weil die Grünen ihre Zustimmung für die Anberaumung des Verfassungsausschusses verweigert haben. Stattdessen soll bereits am 12. Jänner 2011 im Petitionsausschuss die von [www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at) eingebrachte Petition behandelt werden, dort unter Einladung der vier Organisatoren der Initiative (Caritas, SOS-Kinderdorf, Diakonie, Amnesty International). Geplant ist, dass die Petition in Folge dem Verfassungsausschuss zugewiesen wird - dafür steht aber noch kein Termin fest. Im Verfassungsausschuss sollen dann ExpertInnen unter anderem aus dem Netzwerk Kinderrechte geladen werden, in einem Gespräch mit ÖVP-Klubobmann Kopf am Dienstag dieser Woche habe ich gebeten, dass die ExpertInnen von allen fünf Fraktionen gemeinsam geladen werden, um nicht als Expertin einer Partei zugeordnet zu werden. Dem wird hoffentlich Rechnung getragen.

Die gestrige Aussendung der Parlamentsdirektion nach der Präsidiale mit Erwähnung der beiden geplanten Ausschüsse dazu:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20101215\\_OTS0185/praesidiale-legt-fahrplan-fuer-budgetberatungen-im-nr-plenum-fest-schlussabstimmung-am-mittwoch-dem-22-dezember-2010](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101215_OTS0185/praesidiale-legt-fahrplan-fuer-budgetberatungen-im-nr-plenum-fest-schlussabstimmung-am-mittwoch-dem-22-dezember-2010)

Meine ganz persönliche Einschätzung dazu noch:

- Die Regierungsparteien wollen die Thematik "schnell weghaben" (Zitat Kopf), daher rührt wahrscheinlich die Ablehnung einer parlamentarischen Enquete zum Thema.  
 - Weder ÖVP noch SPÖ sehen in ihrem Entwurf Mängel und wollen derzeit daran unverändert festhalten. Unsere einzige Chance sind weiter intensive Gespräche mit Abgeordneten aller Fraktionen, um Missverständnisse, Unklarheiten oder Ängste ansprechen zu können. Und das, wenn möglich mit einer Stimme, nämlich der des Netzwerks Kinderrechte und seiner Mitglieder und KooperationspartnerInnen.  
 - Wenn das Kinderrechte-BVG in der vorliegenden Form kommt, gibt es immer noch zwei "Rettungsszenarien": der Gang zum Verfassungsgerichtshof ("Ich bin mir sicher, Sie werden die ersten sein, die das dann beim Verfassungsgerichtshof durchfechten werden", Zitat Kopf ) und das Versprechen von politischer Seite, parallel zur Verankerung eine große Bewusstseinsbildungskampagne zum Thema zu machen - das hat Kopf im Gespräch in Aussicht gestellt. Sehr vage natürlich, aber wir versuchen sowieso alles, das nicht dieser Entwurf kommt.

Untenstehend noch - Verzeihung für die Verspätung! - zwei Aussendungen rund um die aktuellen Budgetdebatten:

- 1) die Einladung zur "Mahnwache" der Plattform Zukunftsbudget"
- 2) die Einladung zu Speakers Corner der Grünen

Lieben Gruß,  
 Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez

Mag. Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez  
 Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit  
<mailto:schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at>  
 Mobil: 0676/45 28 400  
<http://www.kinderjugendgesundheit.at>

## PARLAMENTSMELDUNGEN

### **Bildungspolitik im Schatten von PISA**

Budgetausschuss diskutiert über Zukunft des Bildungswesens

Wien (PK) – Mit einer Diskussion über die Zukunft des österreichischen Bildungswesens setzte der Budgetausschuss heute Vormittag seine Beratungen fort. Im Zuge dieser Debatte beantwortete Bildungsministerin Claudia Schmied auch zahlreiche Anfragen zum Budgetkapitel Unterricht.

#### **Schmied freut sich über mehr Mittel für das Unterrichtsressort**

Der Budgetentwurf der Bundesregierung veranschlagt für das Unterrichtsressort 2011 Ausgaben in Höhe von 7,7 Mrd. €. Damit konnte eine deutliche Steigerung (+500 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Darüber hinaus darf sich das Ressort auch über eine einnahmenseitige Zunahme freuen: Konnte es 2010 noch 66,4 Mio. € verbuchen, sind es 2011 90,1 Mio. €. Der Personalstand des Ressorts fällt allerdings von 44.869 (2010) auf 44.814.

Bundesministerin Claudia Schmied und V-Mandatar Werner Amon hielten die Budgetkennzahlen für durchaus erfreulich – eine Auffassung, die G-Abgeordneter Harald Walser nicht teilen konnte, zumal man richtungsweisende Projekte, wie die modulare Oberstufe, "wegspare". Diese Darstellung sei, so Unterrichtsministerin Schmied, nicht richtig: Die bestehenden Projekte liefen weiter, es komme aber zu einer Reduktion der Mittel, stellte sie fest. S-Mandatar Elmar Mayer ortete weniger ein Problem des Mittelumfanges, als vielmehr der Mittelverteilung. Es gelte, so der Abgeordnete, Umschichtungen vorzunehmen und hier bei kostenintensiven Bereichen wie den verschiedenen Typen der Sekundarstufe I anzusetzen.

B-Mandatar Stefan Petzner zeigte sich über das Mehr an finanziellen Mitteln, das man dem Unterrichtsressort im Budgetentwurf zugestehe, erfreut. Kritik übte er aber an der Verwendung dieser Ressourcen, wobei er unter anderem auf die hohen Mietforderungen der BIG zu sprechen kam. Auf diese Weise gingen Mittel für das Unterrichtsressort verloren, indem sie wieder in die Tasche des Finanzministers fließen, schloss er. Die von Abgeordnetem Petzner genannten Größenordnungen stimmten laut Schmied nicht mit dem überein, was sie auf dem Tisch liegen habe. Hier gelte es wohl, einen Zahlenabgleich vorzunehmen, schloss sie.

#### **PISA-Ergebnisse zeigen Handlungsbedarf auf**

Desweiteren debattierte der Ausschuss eingehend über die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie. V-Mandatar Werner Amon übte in diesem Zusammenhang Kritik an Präsentation und Auswertung der Resultate durch das BIFI und den für Österreich zuständigen PISA-Verantwortlichen. Bundesministerin Schmied merkte an, sie wolle das Prozedere im Detail prüfen lassen. Zur vertiefenden Diskussion über PISA regte sie die Einsetzung eines eigenen Unterausschusses an.

G-Mandatar Harald Walser wollte weniger über die Präsentation, und vielmehr über die Ergebnisse dieses internationalen Rankings sprechen. Es habe sich schließlich gezeigt, dass in vielen Bereichen dringender Reformbedarf bestehe. Abgeordneter Elmar Mayer (S) erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Zeitpunkt, ab dem die Reformmaßnahmen im Bildungssystem so weit griffen, dass ihre Auswirkungen in internationalen Rankings sichtbar würden – eine Frage, die Unterrichtsministerin Schmied nicht eindeutig beantworten konnte. Ihr zufolge würden schließlich nicht alle Maßnahmen an den PISA-Ergebnissen ablesbar. Ungeachtet aller Rankings sei es aber wichtig, die Autonomie der Schulstandorte zu forcieren und Lehrende zu motivieren: Denn Freude am Lernen könne nur durch Freude am Lehren erzeugt werden. Dabei müsse man sich auch darum bemühen, dem Berufsstand der LehrerInnen wieder mehr Wertschätzung entgegenzubringen. Wechselseitige Schuldzuweisungen, die F-Abgeordnete Anneliese Kitzmüller thematisiert hatte, führten schließlich zu keinen positiven Ergebnissen.

Ad-hoc-Maßnahmen zur Förderung der Lesekompetenz, nach denen sich B-Mandatar Stefan Petzner erkundigt hatte, wollte Schmied nicht setzen. Die PISA-Ergebnisse punktuell zu betrachten, hielt sie insgesamt für den falschen Weg. Es gelte vielmehr, auf allen Ebenen systemisch an die Probleme des Bildungsbereichs heranzugehen. Der Auffassung von B-Abgeordnetem Stefan Markowitz, wonach vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten im Bildungssystem schlechter abschnitten, schloss sich Schmied an. Das Interesse an Büchern werde schließlich auch von Eltern an ihre Kinder weitergegeben. Man müsse daher, so Schmied, die Familien mit ins Boot zu holen. Über verschiedene Schulprojekte gelänge das schon sehr gut.

G-Mandatarin Helene Jarmer beklagte, dass im Rahmen der Diskussion um PISA nicht ausreichend von der Bildungssituation behinderter Kinder und Jugendlicher die Rede ist. Dabei fielen die Lesekompetenz von gehörlosen SchülerInnen enorm schlecht aus. Dass Lehrende, die mit diesen Kindern und Jugendlichen zu tun haben, nicht zum Erlernen der

Gebärdensprache verpflichtet werden, konnte sie nicht nachvollziehen. Unterrichtsministerin Schmied bekannte sich in diesem Zusammenhang klar zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen. Zwar passiere auf diesem Gebiet schon einiges, es gelte aber weitere Fortschritte zu machen, räumte sie ein.

## Österreich ist bereits auf Reformkurs

Für Unterrichtsministerin Schmied stand fest, dass man sich bereits auf Reformkurs befinde: Österreichs Bildungswesen stehe nicht mehr am Beginn, sondern mitten in einem Erneuerungsprozess, konstatierte sie. Bedauern äußerte die Ministerin darüber, dass es nicht gelungen ist, eine Neuordnung der Kompetenzlage zu erreichen. Dass man nur eine weitere "Veränderung" des Bildungssystems habe abwenden können, wäre als einziger Erfolg auf diesem Gebiet zu verzeichnen.

Als wichtige Reformagenden ihres Ressorts benannte Schmied die, von den Abgeordneten Anneliese Kitzmüller (F), Katharina Cortolezis-Schlager (V), Silvia Fuhrmann (V), Edith Mühlberghuber (F), Anna Franz (V) und Werner Amon (V) angesprochenen Themenbereiche Neue Mittelschule, Zentralmatura, Schulautonomie, Ganztagesbetreuung und Lehrerdienstrecht neu.

Für die Vorarbeiten zur Zentralmatura habe man, so Schmied, 5 Mio. € veranschlagt. Mit ihrer Umsetzung würde sich vor allem auch die Rolle der Lehrenden neu definieren. Sie würden von PrüferInnen zu BegleiterInnen und ModeratorInnen, hielt Schmied in Richtung Abgeordnetem Josef Riemer (F) fest.

Die Ausweitung der Ganztagesangebote sei, so Schmied, voranzutreiben. Die dazu erforderlichen Kompetenzen lägen jedoch vor allem im Bereich der Pflichtschulerhalter - und damit nicht beim Bund. Mittels 15a-Vereinbarungen mit den Ländern sollen aber Rahmenbedingungen geschaffen werden, die absicherten, dass das Geld für diese Zwecke in den Klassenzimmern ankomme. Der Startschuss für dieses Projekt fällt mit dem ersten Bundesland, das eine derartige Vereinbarung abschließt, hielt Schmied fest.

Das neue Dienstrecht werde ausschließlich auf neuereintretende LehrerInnen abzielen. In Bestehendes wolle sie, so Schmied, nicht eingreifen. In diesem Zusammenhang sei es aber erforderlich, noch neue Arbeitszeitmodelle mit dem Gewerkschaften zu verhandeln und den Schulstandorten mehr Kompetenzen in Hinblick auf die Organisation des Einsatzes von Lehrenden zuzugestehen. Eine weitere Diskussion betreffend Anhebung der Nettounterrichtszeit strebe sie, so Schmied, hingegen nicht an.

Für den Schulversuch der neuen Mittelschule veranschlagt der Budgetentwurf 2011 36,2 Mio. €. Weitere Schulversuche würden nur noch bewilligt, wenn sie budgetneutral durchgeführt werden könnten, informierte Schmied V-Mandatarin Anna Franz. Auch die Einführung neuer Fächer, wie von Abgeordneter Heidemarie Unterreiner (F) und Abgeordnetem Harald Walser (G) angesprochen, seien in der bestehenden budgetären Situation nicht möglich.

Weitergeführt wird aber das besonders kostenintensive "Projekt 25" (Senkung der Klassenschüler-Höchstzahlen auf den Richtwert 25), nach dem sich S-Mandatarin Andrea Gessl-Ranftl erkundigt hatte. Fortgesetzt werden aber auch Unterstützungsmaßnahmen für SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Derzeit gebe es an 808 Schulen muttersprachlichen Unterricht in 19 verschiedenen Sprachen, informierte Schmied F-Abgeordnete Edith Mühlberghuber. Die budgetäre Ausstattung für sonderpädagogische Förderung fielen hingegen, wie die Unterrichtsministerin V-Mandatarin Claudia Durchschlag berichtete, gering aus.

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2010/PK1033/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK1033/index.shtml)

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---


### Plattform EduCare

#### Postadresse:

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortungen für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ◀

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten  
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

#### Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

#### Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

#### Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

#### Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.